

Es folgt eine korrigierte Fassung des Beitrags von Mohssen Massarrat.

Durch Versehen war am 23. Februar eine frühere Fassung des Autors eingestellt worden. Aufgrund der schon früher erfolgten Kritik von Wolfgang Lieb hatte der Autor seinen Text überarbeitet. Dieser überarbeitete Text ist in einem Mailaustausch verwechselt worden. Deshalb holen wir die Wiedergabe des richtigen Textes nach und bitten um Entschuldigung.

Ein Leser hat übrigens angemahnt, wir sollten bei solchen Gelegenheiten etwas über den Autor vermerken. Das sei hiermit nachgeholt:

Mohssen Massarrat ist Professor i.R. für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück mit den Forschungsschwerpunkten Mittlerer und Naher Osten, Energie, Friedens- und Konfliktforschung, sowie Nord-Süd-Konflikt. Er wurde im Iran geboren und lebt seit 1961 in der Bundesrepublik Deutschland.

16. Februar 2015

Grenzen der Freiheit, auch der Satire

Gewalt ereignisse sind alles Andere als geeignet, um politische Grundsatzfragen zu diskutieren. Die Haltung „jetzt erst Recht“, die - wie nach dem brutalen Mord in Paris - aus tiefer Betroffenheit daherkommt, ist nur allzu verständlich. So ist auch die mehrfach nachgelieferte Auflage des neuen Charlie Hebdo und die Übersetzung der Satire mit einer Mohammed-Karikatur in zahlreichen Sprachen, sogar in Arabisch und Persisch, durchaus nachvollziehbar. Offen geblieben ist allerdings die Frage, ob Satire grenzenlos frei sein darf. Dazu bedarf es allerdings einer nüchtern und jenseits von einer emotional hoch gekochten Stimmungslage zu führenden Analyse. Die Zeit dafür dürfte, so hoffe ich jedenfalls, allmählich reif sein.

Die Satiriker selbst beanspruchen beinahe ausnahmslos für sich eine solche Freiheit - Satire und Zensur seien schließlich wie Feuer und Wasser. Papst Franziskus gibt sich jedoch mit einer Satire, die keine Grenzen kennt, nicht zufrieden. Auf seinem Flug nach Manila, Mitte Januar d. J., sagte er laut katholischer Nachrichten-Agentur „Viele Personen reden schlecht von den Religionen, machen sich lustig über sie, machen die Religionen der anderen zum Spielzeug, sie provozieren [...]. Es gibt eine Grenze. Jede Religion hat Würde, jede Religion, die das menschliche Leben achtet. Ich kann mich darüber nicht lustig machen. Und das ist eine Grenze.“ Auch liberale Muslime in Europa und in der islamischen Welt haben ein sehr ernsthaftes Problem mit der neuen Charlie Hebdo Mohammed-Karikatur, sie tun es jedoch als

„geschmacklos“ oder als eine „Provokation gegen den Islam“ ab. Haben die Religionsvertreter nicht doch Recht und machen sie uns mit ihrem Unbehagen nicht auf einen wichtigen Punkt aufmerksam?

Von einem in sich schlüssigen Demokratieverständnis ausgehend, kann auch ich mir das Freiheitsverständnis einer Berufsgruppe nicht einfach zueigen machen. Das Eigeninteresse der Satiriker, der eigenen Fantasie freien Lauf zu lassen, ist nachvollziehbar. Gegen die Förderung künstlerischer Kreativität, wäre auch grundsätzlich nichts einzuwenden. Könnte es aber nicht sein, dass der Künstler durch den Gebrauch seiner grenzenlosen Freiheit, vielleicht sogar unbewusst, die Gefühle und vor allem die Würde und Persönlichkeitsrechte anderer verletzt? Und ist es nicht vorstellbar, dass ideologisch motivierte Kräfte diesen privilegierten Status des völlig freien Künstlers für ganz andere Zwecke instrumentalisieren? Allein diese Fragen lassen Zweifel aufkommen, ob die Reklamierung einer grenzenlosen Freiheit überhaupt demokratiekonform ist.

Eine lebendige und voll funktionsfähige Demokratie ist zweifelsohne die beste Form, Konflikte zu entschärfen und ein friedliches Zusammenleben der Kulturen zu ermöglichen. Freiheit der Presse und auch der Satire gehört allerdings ebenso zu den fundamentalen Grundlagen einer solchen Demokratie, wie der Respekt vor der Freiheit der Andersdenkenden. Genau in dieser Vielschichtigkeit des Freiheitsbegriffs liegen auch die Grenzen der Freiheit begründet. Diese Grenzen sind dort zu setzen, wo die Freiheit von anderen beeinträchtigt wird. In der Demokratie kann es im öffentlichen Raum für niemanden und für keine Handlungen, weder für die Satire noch überhaupt für die Kunst im allgemeinen, eine wie auch immer geartete Exklusivität geben, weil dadurch die Freiheit anderer und somit demokratische Grundprinzipien ausgehebelt würden. Das deutsche Grundgesetz liefert uns für diese Grenzen in Art. 5, Abs. 3 (Freiheit der Kunst) und Art. 4, Abs. 2 (Freiheit der Religion) gute verfassungsrechtliche Grundlagen. Demnach dürfen Muslime nicht beschimpft werden, nur weil sie Muslime sind. Auch eine Karikatur, die den Islam als eine terroristische Religion darstellt, verletzt das GG. Denn in beiden Fällen werden die Persönlichkeitsrechte der Muslime beeinträchtigt.

Soweit die demokratietheoretische und verfassungsrechtliche Seite der Grenzen der Kunst im Allgemeinen und der Satire im Besonderen. Wie sieht aber die Realität aus, und haben wir im Westen überhaupt eine lebendige und voll funktionsfähige Demokratie? Reichen die Rechtsgrundlagen aus und kann ein friedliches Zusammenleben von Kulturen ausschließlich juristisch geregelt werden? Tatsache ist, dass

westliche Demokratien immer noch unter der Last historischer Konflikte und Feindbilder, allen voran dem Feindbild Islam, leiden. Durch die Einwanderung der Muslime nach Europa ist dieses Feindbild lebendiger und folgenreicher geworden. Seit Huntingtons „Krieg der Kulturen“ hat der antiislamische Kulturkampf, begleitet durch die Medien, einen noch nie da gewesenen Höhepunkt erreicht. Nicht zu vergessen sind die Kriege, die George W. Bush seit 2001, zunächst in Afghanistan, dann im Irak, gegen die islamischen Staaten angezettelt hat, die einige hunderttausend tote Muslime hinterließen. Nicht zu vergessen sind auch die Demütigungen, die irakische Gefangene in Abu Ghraib haben über sich ergehen lassen müssen. Nicht zu vergessen ist auch die Doppelmoral und das Schweigen des Westens über die grauenhaften Folgen zahlreicher Kriegsverbrechen im Mittleren und Nahen Osten. Ausgerechnet im Jahr 2004, kurze Zeit nach dem Irakkrieg und im Kontext eines globalen antiislamischen Kulturkampfes, der im Westen erzeugt wurde, um die eigenen Kriegsverbrechen in den islamischen Ländern zu rechtfertigen, glaubt der dänische Karikaturist Kurt Westergaard mit seiner Karikatur von Mohammed mit einer Bombe unter dem Turban, auf die Wunden der gläubigen Moslems auch noch Salz streuen zu müssen. Kann man einer solchen Karikatur - eine unvoreingenommene Haltung vorausgesetzt - wirklich als „Freiheit der Satire“ huldigen? Oder ist es vielmehr richtiger, sie in ihrem historischen Kontext als einen Bestandteil des westlichen Kulturkampfes gegen die islamische Welt und als eine antidemokratische Handlung einzuordnen? Unbestreitbar ist jedenfalls, dass dieses Werk das Fass des gegenseitigen Hasses und der gegenseitigen kulturellen Feindschaft zum Überlaufen gebracht hat. Die Spuren dieser Feindschaft sind sowohl in dem schrecklichen Terrorakt des norwegischen Islamhassers Anders Breivik, wie auch bei den islamistischen Terroristen in Paris, die mit ihrer Schandtat den Propheten rächen wollten, zu finden.

Deutsche und andere westliche Medien haben massenweise die dänische Mohammed-Karikatur nachgedruckt und damit die Persönlichkeitsrechte und die Würde der Muslime verletzt, ohne dass deshalb eine breite Kritik oder aber eine spontane Bewegung dagegen stattgefunden hätte, um diese offensichtlich antidemokratische Grenzüberschreitung politisch abzuwehren. Welches sind aber die Lehren dieses historischen Ereignisses, die da zu ziehen sind: *Erstens* reicht auch das beste GG auch nicht aus, um demokratische Grundprinzipien zu schützen. Keine der medialen Grenzüberschreitungen und Verletzung der Persönlichkeitsrechte, wurden - auch nicht von Menschenrechtsorganisationen - rechtlich geahndet. Und *zweitens* ist die Demokratie wesentlich mehr als eine demokratische Verfassung, selbst wenn sie, wie die deutsche, zutiefst

demokratische Intentionen verkörpert. Zu einer lebendigen Demokratie gehört auch eine demokratische Kultur.

Diese Feststellungen leiten hin zu der Auffassung, dass Deutschland und Europa 70 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus offensichtlich immer noch weit davon entfernt sind, eine entwickelte Kultur der Demokratie zu besitzen. Anders ist auch nicht zu erklären, weshalb sich im Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung der Islam als Inbegriff des Bösen und als eine den Terrorismus befeuernde Religion über sehr lange Zeiträume und bis heute zu einer Konstante verfestigen konnte. Es mag auch an der Schwäche der Kultur der Demokratie gelegen haben, dass der mit hegemonialpolitischer Intention angezettelte „Krieg der Kulturen“ aus Amerika so einfach nach Europa überschwappen konnte. Europas Demokratien scheint der letzte Rest an Sensibilität für den Respekt gegenüber den Muslimen und ihrer Religion abhanden gekommen zu sein. Ihre kulturellen, politischen und psychologischen Sensoren, ohne die ein friedliches Zusammenleben von Kulturen und damit eine lebendige Demokratie nicht möglich ist, sind offenbar massiv beschädigt. Satiriker, auch von Charlie Hebdo, haben dank eines falsch verstandenen Freiheitsbegriffs zweifelsohne dazu ihren Beitrag geleistet.

Die westlichen Demokratien stehen heute somit vor der großen Herausforderung, sich vom Krebsgeschwür des „Kriegs der Kulturen“ zu befreien und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen einen neuen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen. Dieser Konsens kann allerdings nicht juristisch, sondern vor allem kulturell und diskursiv entstehen. „Der Islam gehört auch zu Deutschland“ war eine mutige und entscheidende Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff in diese Richtung. Dadurch erhielten die Muslime in Deutschland zum ersten Mal das Gefühl, als eine Minderheit ernst genommen zu werden. Dass auch Kanzlerin Merkel sich diese Position zueigen gemacht hat, war eine kluge Entscheidung. Damit erhielt die Gegenbewegung zu Pegida einen starken Aufschwung. Der gesellschaftliche Konsens über den Inhalt der Freiheit und ihrer Grenzen entsteht, wenn gegenseitiger Respekt der Kulturen und Religionen im Bewusstsein aller Beteiligten tief verankert ist. Dies schließt ein, dass an den öffentlichen Debatten in den Medien ein Vielfaches mehr an Islamexperten und Vertretern aus moslemischen Gemeinden in ihrer gesamten Breite beteiligt werden, als dies beispielsweise gegenwärtig der Fall ist. Mehr noch: alle an der Demokratiegestaltung Beteiligten, insbesondere die Minderheiten, müssten hinreichend Raum und Gelegenheit erhalten, ihre Vorstellungen von Freiheit, von den Grenzen dieser Freiheit und darüber hinaus auch noch ihre eigenen Tabus zur Diskussion zu stellen. Erst durch einen ehrlichen und offenen Diskurs

entsteht bei den Menschen und Institutionen, bei den Medien und in der Kulturlandschaft ein Mindestmaß an Empathie, das nötig ist, um einer Feindbildentstehung auf allen Seiten rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben. Nur so können auch die Grenzen der Freiheit in einer komplexen modernen Gesellschaft für alle fühl- und erfahrbar gemacht werden. Nur so kann auch Kunst, Humor und Satire stattfinden, ohne Persönlichkeitsrechte und Gefühle anderer zu verletzen. Nicht nur die Muslime, sondern auch der Papst, würden ihre Abneigung gegen religionskritische Satire verlieren.